Vorlage Nr. 461/07

Betreff: **Klima-Schutz-Konzept für die Stadt Rheine**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Rat der Stadt Rheine	06.11.2007	Berichterstattung durch:	Frau Dr. Kordfelder Herrn Dr. Schulte-de Groot					
TOP	Abstimmungsergebnis							
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.	z. K.	vertagt	verwiesen an:

Betroffene Produkte

71	Service Organisation
----	----------------------

Finanzielle Auswirkungen

Ja Nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Finanzierung		Jährliche Folgekosten	Ergänzende Darstellung (Kosten, Folgekosten, Finanzierung, haushaltsmäßige Abwicklung, Risiken, über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellung sowie Deckungsvorschläge) siehe Ziffer der Begründung
	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/Beiträge)	Eigenanteil		
€	€	€	☐ keine €	

Die für die o. g. Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen

- beim Produkt/Projekt _____ in Höhe von _____ € zur Verfügung.
 in Höhe von _____ **nicht** zur Verfügung.

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Dem Rat der Stadt Rheine wird vorgeschlagen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, das Klimaschutz-Konzept incl. Maßnahmen (Teil II) und Kampagnen (Teil III) unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Stadtwerke, Stadtverwaltung und des Stadtkämmerers (Teil A, Punkte 2 - 4) umzusetzen und regt die Einführung von Monitoring bzw. Bilanzverfahren an, damit die Verwirklichung des Klimaschutz-Konzeptes auch anhand der CO₂-Reduktion quantifiziert werden kann.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt:
 - a) Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die energetische Analyse des städtischen Gebäudebestandes (einschließlich der Ausstellung eines Energiepasses) einzuholen. Die Finanzmittel für die Beauftragung eines externen Gutachterbüros sind in die Haushaltsplanung 2008 aufzunehmen.
 - b) Die Verwaltung bereitet ein Konzept zur Energieeinsparung durch nutzerorientiertes Verhalten, z. B. 50-50-Projekt o. Ä. vor. Das Konzept soll dem Bau- und Betriebsausschusses zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.
 - c) Die Verwaltung prüft die zweckmäßige Einbindung des Kreises Steinfurt.
3. Der Rat der Stadt Rheine beschließt:
 - a) Der HFA hat der Verwaltung für die Weiterentwicklung des Leitprojektes freie Hand gelassen. Daher soll das weitere Integrationsverfahren von der Stadt in eigener Regie weitergeführt werden. Spätestens bei der ersten Evaluierung ist dann zu prüfen, was aus der Integration des Leitprojektes geworden ist bzw. was noch zu tun ist.
 - b) Es wird kein weiterer Auftrag an ASS erteilt werden.
4. Der Rat der Stadt Rheine beschließt unter der Annahme, dass eine Einigung aller Fraktionen oder ein Ratsbeschluss ohne Gegenstimme nicht erreichbar sein wird, dass der Bau- und Betriebsausschuss bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahre 2009 für die unter Ziffer 4 des als Anlage 1 beigefügten Antrages aufgeführten Funktionen zuständig sein soll.
5. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, den Beschluss des Bau- und Betriebsausschusses vom 7. September 2000 über die „Nutzung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Installation von Photovoltaikanlagen durch private Investoren“ dahingehend zu ändern, dass die Dachflächen nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sondern eine Miete erhoben wird. Der § 3 des Muster-Nutzungsvertrages „Nutzungsentschädigung und sonstige Leistungen“ ist entsprechend zu ändern.

6. Der Rat der Stadt spricht sich für die weitere Umsetzung des bestehenden Radwegekonzeptes aus und beauftragt die Verwaltung, die künftigen Maßnahmen und Projekte zur Beratung im zuständigen Ausschuss vorzulegen.
7. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Beibehaltung der Vorrangschaltung für den ÖPNV.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Tunneldurchstich weiter zu konkretisieren.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sanierung der städtischen Signalanlagen zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.
10. Der Rat der Stadt Rheine nimmt die weiteren Überlegungen der EWG GmbH und der TAT GmbH zum Klimaschutz-Konzept (Teil B) zur Kenntnis und regt an, sich bei der Weiterentwicklung des Klimaschutz-Konzeptes an „Best Practice“-Beispielen aus anderen Kommunen zu orientieren, aus deren Erfahrungen zu lernen und die dort erworbenen Kompetenzen zu nutzen.

Begründung:

Teil A: Klimaschutz-Konzept

1. HFA-Sitzung vom 18. September 2007

Die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP haben im Rahmen eines Initiativantrags ein Klimaschutz-Konzept für die Stadt Rheine in den HFA eingereicht (Anlage 1).

Das Klimaschutz-Konzept umfasst neben einem Grundlagenteil (I) einen Teil, der konkrete Handlungsschritte (II) aufweist und einen Teil, der mit Kampagne (III) überschrieben ist.

Der **Teil II** umfasst folgende Maßnahmen:

1. Ein zentrales Leitprojekt zum kommunalen Klimaschutz in Rheine soll in das Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 eingebracht werden.
2. Das Geschäftsfeld der „Erneuerbaren Energien“ soll einen Schwerpunkt in der EWG bilden.
3. Die Energieberatung soll ein Schwerpunkt der Stadtwerke werden. Das Kundenzentrum soll zum „Energieberatungszentrum für Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ umgenutzt werden.
4. Der Gebäudebestand der Stadt wird beschleunigt energetisch saniert. Es wird ein projektbegleitender Ratsausschuss gebildet.
5. Umstieg für städtische Gebäude auf Ökostrom. Bereitstellung eines neuen Ökostromangebots zum 1. Januar 2008 durch die Stadtwerke; 20% eines reduziert definierten Strombedarfs der Stadt Rheine soll von den Stadtwerken als Ökostrom bezogen werden
6. Aufhebung des Ratsbeschlusses zur kostenfreien Vermietung von Dachflächen von städtischen Gebäuden

7. Überprüfung und ggf. Überarbeitung der kommunalen Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen auf Umsetzung und Realisierung von Photovoltaikanlagen
8.
 - a) Durchführung eines Solarprogramms (Photovoltaik) auf Dächern im Gebäudebestand der Stadt Rheine in 3 Jahren mit einem Investitionsvolumen von 2 Mio. € durch die Stadtwerke
 - b) Durchführung eines Solarprogramms für Kleinanlagen auf privaten Dächern mit einem Investitionsvolumen von 500.000,00 € durch die Stadtwerke
 - c) Großinvestitionen im Geschäftsfeld Erneuerbare Energien zusammen mit anderen Stadtwerken im Projekt TREE durch die Stadtwerke
 - d) Auftrag an die Stadtwerke zur Prüfung, ob Investitionen in Kleinwasserkraftwerke in Rheine möglich sind und ob die Übernahme des Wasserkraftwerks an der Emsmühle mit anschließender Effizienzsteigerung möglich ist.
9.
 - a) Die Radverkehrswege in Rheine müssen weiter ausgebaut werden.
 - b) Die „Blaue Flotte“ soll im bisherigen Umfang beibehalten werden. Eine Ausweitung des bisherigen Angebots soll erfolgen, wenn die Gegenfinanzierung gesichert ist.
 - c) Verhandlungen mit der Bahn, damit die Bahnhöfe in Rheine-Zentrum und Rheine-Mesum saniert werden.
 - d) Kreisverkehre sollen an den Stellen, wo es möglich ist, Ampelschaltungen ersetzen. Die Effizienz der Ampelanlagen ist zu prüfen. Sanierungen von Altanlagen sind mit energiesparender LED-Technik auszuführen.

...

Der **Teil III** „Kampagne“ umfasst folgende Maßnahmen:

1. Die Stadt Rheine soll durch Ratsbeschluss sich zu den Inhalten eines kommunalen Klimaschutzes bekennen und die Initiative ideell und finanziell stützen und fördern. Sie sollte sich dabei organisatorisch der Fachberatung durch EWG, TAT und Stadtwerke bedienen.
2. In der Initiative „Klimaschutz gelingt nur gemeinsam – Rheine lernt Nachhaltigkeit“ soll es zu einer Vernetzung und letztlich zu einem Aktionsbündnis von Behörden, Institutionen, Verbänden, Schulen, Kindergärten, Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften kommen.
3. Die Initiative sollte einen jährlichen „Rheiner Aktionsplan“ organisieren und Veranstaltungen und Informationen zum kommunalen Klimaschutz anbieten. Beispielhaft sind hier mögliche Aktionsfelder genannt, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben:
 - a) Klimaschutzpartnerschaften mit Schulen, Vereinen, Verbänden etc.
 - b) Einrichtung einer Internetseite: www.Rheines-Klima.de
 - c) Förder- und Finanzberatung durch Banken/Sparkassen
 - d) Klimakiller privater Energieverbrauch (Energiespartipps bei Neubauten, Energiesparen durch Sanierung von Heizungen, Dächern, Wänden, neue Energietechniken – was ist wirtschaftlich und sinnvoll?)
 - e) Energiekosten senken – Tipps für den Hausgebrauch (heizen, lüften, spülen, Elektronik, Lampen, Wasser etc.).
 - f) Klimakiller „Auto“ – Verbrauch reduzieren – aber wie? Was sind die Autos der Zukunft – womit fahren? Haben Biokraftstoffe eine Zukunft?
4. Kampagne für ein Bürgersolarprojekt
5. Auslobung eines Klimaschutzpreises

Der HFA hat am 18. September 2007 das Klimaschutz-Konzept beraten und einstimmig folgenden **Beschluss** gefasst:

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das im Rahmen eines Initiativantrages von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP eingereichte Klimaschutz-Konzept für die Stadt Rheine zustimmend zur Kenntnis und verweist es an die Verwaltung, um es innerhalb des „Konzerns Stadt“ im Sinne der Antrag stellenden Fraktionen für eine Beschlussfassung im Rat der Stadt Rheine am 6. November 2007 aufzuarbeiten.“

2. Sondersitzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Rheine GmbH und der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH vom 21. September 2007

Das eingebrachte Klimaschutz-Konzept wurde am 21. September 2007 im Rahmen einer Sondersitzung des Aufsichtsrates beraten. Zu dem Klimaschutz-Konzept hat die Geschäftsführung wie folgt Stellung bezogen:

In diesem Klimaschutz-Konzept wird den Stadtwerken für Rheine eine zentrale Rolle eingeräumt. Die Stadtwerke sollen zum „Kommunalen Kompetenzzentrum wirtschaftlicher Betätigung mit ökologischer Ausrichtung“ ausgebaut werden. Damit ist aus Sicht der Geschäftsführung sichergestellt, dass die Stadtwerke dieses Zukunftsthema in Rheine besetzen und keine Parallelstrukturen neben den Stadtwerken aufgebaut werden. Darüber hinaus fügt es sich in die Leitvision der Stadtwerke als die „eigenständige, starke Stadtwerke-Unternehmensgruppe als umfassenden Infrastrukturdienstleister zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Rheine“ ein (siehe Strategiebuch 2004-2009).

- Ad 1: Mitgliedschaft in einem zu gründenden „Fachbeirat für Erneuerbare Energien“ bei der EWG. Die Einbindung in den zu gründenden Fachbeirat wird begrüßt.
- Ad 3: Das Kundenzentrum der Stadtwerke sollte nicht zum Energieberatungszentrum für Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ umgenutzt werden in dem Sinne, dass die bisherigen Tätigkeiten wie Energievertrieb, Fahrkartenverkauf für den Stadtbus etc. aufgegeben werden. Stattdessen sollte das Kundenzentrum neben den bisherigen Tätigkeiten ein Energieberatungszentrum beinhalten, d. h. die Beratung für Energieeffizienz und erneuerbare Energien umfassen.
- Ad 4: Fachliche Begleitung eines Energiespar-Contractings für den öffentlichen Gebäudebestand der Stadt durch die Stadtwerke. Die fachliche Begleitung eines Energie-Spar-Contracting wird begrüßt.
- Ad 5: Die Bereitstellung eines neuen Ökostromangebots zum 1. Januar 2008 ist geplant (siehe Aufsichtsrats-Sitzung der EWR vom 9. August 2007, TOP 5, Seite 3).
- Ad 8a: Die Durchführung von Investitionen in Photovoltaikanlagen auf Dächern im Gebäudebestand der Stadt Rheine wurde bereits in der Aufsichtsratssitzung am 10. Mai 2007 (TOP 11) angesprochen. In der Aufsichtsratssitzung vom 9. August 2007 (TOP 8) wurde die erste Investition für dieses Jahr angekündigt. Die Anlagen befanden sich damals in der Prüfphase, wobei der Kontakt zur Stadt Rheine bereits aufgenommen wurde.

Investitionsvolumen 2 Mio. €:

Für den Aufbau des Geschäftsfeldes „Stromerzeugung“ hat der Aufsichtsrat die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt. So konnte eine Beteiligung an dem GuD-Kraftwerk in Hamm-Uentrop (Inbetriebnahme 26. Oktober 2007)

und 2 Steinkohle-Kraftwerks-Optionen erworben werden. Diese Kraftwerks-Optionen dürfen durch das Klimaschutz-Konzept nicht infrage gestellt werden.

Ein Teil der Finanzmittel für den Aufbau des Geschäftsfeldes Stromerzeugung war für den Bereich Regenerativer Energien vorgesehen. Das Investitionsvolumen musste ebenso noch festgelegt werden, wie die Aufteilung in eigene Investitionen und Investitionen im Rahmen der Stadtwerke-Kooperation TREE. Darüber hinaus wird die Renditevorgabe der Stadt Rheine in Höhe von 9,6 % nach Steuern zumindest für die eigenen Investitionsvorhaben nicht realisierbar sein.

Die Aufteilung und die Höhe der zur Verfügung stehenden Finanzmittel muss der Aufsichtsrat vornehmen; die Renditevorgabe muss der Gesellschafter für die Investitionen in Erneuerbare Energien nach unten korrigieren.

Ein Investitionsprogramm in der Größenordnung von 2,5 Mio. € in eigene Anlagen sowie die Projektfinanzierung im Rahmen des Kooperationsvorhabens TREE ist finanzwirtschaftlich möglich.

Ad 8b: Die Durchführung eines Solarprogramms für Kleinanlagen auf privaten Dächern sollte nach positiven Erfahrungen und der weiteren Ausarbeitung durch ecofys in einem zweiten Schritt erfolgen (siehe Aufsichtsratssitzung am 10. Mai 2007 TOP 11).

Investitionsvolumen von 500.000,00 €:

Ad 8c: In der Aufsichtsratssitzung vom 9. August 2007 wurde dargelegt, dass die Geschäftsführung plant, den Projektentwicklungsauftrag TREE bis zum 1. September 2007 zu erteilen. Zwischenzeitlich wurde der Auftrag erteilt. Ob es letztendlich zu Großinvestitionen im Geschäftsfeld Erneuerbare Energien zusammen mit anderen Stadtwerken im Rahmen des Projekts TREE kommt, bleibt den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie vorbehalten.

Investitionsvolumen steht noch nicht fest.

Siehe Ausführung zu Punkt 5.

Ad 8d: Die Prüfungsaufträge, ob Investitionen in Kleinwasserkraftwerke in Rheine möglich sind bzw. ob die Übernahme des Wasserkraftwerks an der Emsmühle mit anschließender Effizienzsteigerung möglich ist, sollten frühestens Ende 2008/Anfang 2009 in Angriff genommen werden. Die fachliche Betreuungskapazität im Hause der Stadtwerke lässt einen früheren Termin nicht zu.

Ad 9b: Das Leistungsspektrum Stadtbuss wurde durch die Betrauungslösung (Ratsitzung vom 4. September 2007 und Gesellschafterversammlung vom 6. September 2007) gerade bis Ende 2013 festgeschrieben. Eine Ausweitung des bisherigen Angebots ist aus Sicht der Geschäftsführung nur möglich, wenn die Gegenfinanzierung durch den städtischen Haushalt der Stadt Rheine gesichert wird.

Zu den anderen Maßnahmen des Teils II und zu dem gesamten Teil III hat die Geschäftsführung nicht Stellung bezogen.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 21. September 2007 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

1. *Der Aufsichtsrat stimmt der Absicht der Geschäftsführung vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Rheine zu, dass Klimaschutz-Konzept incl. der Maßnahmen umzusetzen.*
2. *Der Aufsichtsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die ergänzenden Anmerkungen bei seiner Beschlussfassung zu berücksichtigen.*
3. *Der Aufsichtsrat stimmt der Absicht der Geschäftsführung zu, mit der Umsetzung der Maßnahme 8a bereits im Jahr 2007 zu beginnen.*

3. Stellungnahme der Stadtverwaltung Rheine und ihrer weiteren Gesellschaften zum Klimaschutz-Konzept

Stellungnahme der Stadtverwaltung Rheine zum Maßnahmenpaket (Teil II) des Klimaschutzkonzepts:

Ad 1: Integration eines zentrales Leitprojekts zum kommunalen Klimaschutz in das Entwicklungs- und Handlungskonzept

Herr Strauch hat nach der Sitzung des HFA am 18. September 2007 dem Planungsbüro ASS, Herrn Hamerla, Unterlagen (Vorlage HFA mit Klimaschutz-Konzept und Auszug aus der Niederschrift des HFA) zum o. g. Thema überreicht mit der Bitte, Vorschläge zu unterbreiten, wie das neue Leitprojekt in das IEHK integriert werden kann. Der Unterzeichner hat Herrn Hamerla bewusst keine Vorgaben gemacht, um zu sehen, welche Bandbreite der Integration des Leitprojektes aus der Sicht des Planungsbüros möglich ist.

Herr Hamerla hat die Unterlagen gesichtet und daraufhin einige grundsätzliche Aussagen und 2 Verfahrensvorschläge unterbreitet.

Die Vorschläge haben unterschiedlich Intensitäten. Bei beiden Modellen wird von Seiten ASS vorgeschlagen, in einer Arbeitsgruppe (intern und extern besetzt) das Gesamtthema aufzuarbeiten. Für einen dermaßen aufwendigen Prozess gibt es zz. keine Zeitreserven. Darüber hinaus sind noch erhebliche eigene Grundlagen, Zuordnungen und Grundsätze zu formulieren.

Es wird vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. *Der HFA hat der Verwaltung für die Weiterentwicklung des Leitprojektes freie Hand gelassen. Daher soll das weitere Integrationsverfahren von der Stadt in eigener Regie weitergeführt werden. Spätestens bei der ersten Evaluierung ist dann zu prüfen, was aus der Integration des Leitprojektes geworden ist bzw. was noch zu tun ist.*
2. *Es wird kein weiterer Auftrag an ASS erteilt werden.“*

Ad 2: Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ bei der EWG

Folgende Aktivitäten wären zum Ausbau des Geschäftsfeldes aus Sicht der EWG denkbar, wobei die Vorschläge unter dem Vorbehalt der finanziellen und personellen Machbarkeit bei der EWG stehen.

Grundlagenermittlung

- Bestandsaufnahme der „grünen“ Unternehmen in Rheine

Koordination Netzwerkbildung und Gesprächskreise

- Gründung eines lokalen Netzwerkes Unternehmen in Rheine, die sich in dem Bereich „Erneuerbare Energien“ jetzt oder in Zukunft wirtschaftlich betätigen (wollen)
- Unterstützung „Fachbeirat Erneuerbare Energien“
- Gesprächskreiskoordination „landwirtschaftliche Betriebe mit Ausrichtung auf erneuerbare Energien“ in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer und den Vereinigungen vor Ort (Ortslandwirte)
- Angebot von Workshops für Betriebe mit Schwerpunkt erneuerbare Energien in Kooperation mit anderen Beteiligten (IHK, TaT, Handwerkskammer) zu verschiedenen Themen, z.B. Vermarktung der Produkte/Dienstleistungen
- Unternehmerabend zur Kommunikation der Möglichkeiten zur Energieeinsparung/zum Klimaschutz (Organisation gemeinsam mit Partner)

Kooperation mit bestehenden Netzwerken

- Einbindung von Handwerksbetrieben in Klimaschutzaktivitäten für private Haushalte z. B. über die Kreishandwerkerschaft

Zielrichtung:

Anhand der KfW-Fördermittelpakete für Altbausanierung entsprechende Maßnahmepakete mit den entsprechenden Gewerken bei heimischen Betrieben zusammenfassen und zu festgelegten Preisen durch die Handwerksbetriebe in Kooperation mit Banken (Antragstellung u. Abwicklung mit KfW) anbieten.

Gezielte Unterstützung der Unternehmen in Rheine mit dem Schwerpunkt „Erneuerbare Energien“

- intensive Unterstützung bei planungsrechtlichen Fragestellungen
- besondere Preisgestaltung bei Gewerbeflächen für diese Unternehmen

EWG als Anlaufstelle

- für Unternehmen (vorzugsweise lokale und regionale), die „Klimaprojekte“ in der Stadt Rheine (insbesondere mit der Verwaltung) umsetzen möchten (z. B. Solaranlagen auf Dächern städtischer Einrichtungen anbringen etc.)
- für Unternehmen aus Rheine, die ihre Produkte an Unternehmen in Rheine vermarkten möchten
- Unterstützung des Bekanntmachen des Angebotes, z. B. über Firmenbesuche und Pressemitteilungen

Messeangebote/Messebegleitung

- Veranstaltungskonzeption Klima- und Energietage in der Stadthalle
- Westfalenschau Schwerpunkt „Erneuerbare Energien“
- Unterstützung der Teilnahme von Unternehmen aus Rheine an Messen im Bereich erneuerbare Energien, z. B. durch Konzeption eines Gemeinschaftsstandes (z. B. für die Messe RENEXPO, Internationale Fachmesse für regenerative Energien im Oktober 2008 in Augsburg)

Gezielte Anwerbung von Unternehmen mit dem Schwerpunkt „Regenerative Energien“

- Teilnahme der EWG an branchenbezogenen Messen, um auf den Standort Rheine aufmerksam zu machen
- Werbung in branchenbezogenen Medien

Vermarktung des Themas und Unterstützung der Wahrnehmung mit dem Standort Rheine

- Klimaschutzkampagne begleiten und unterstützen
- Auslobung eines Klimaschutzwettbewerbes und Vergabe eines Klimaschutzpreises für Unternehmen
- Entwicklung einer Investorenbrochure mit Tipps und Hinweisen in Sachen Klimaschutz/Energieeinsparung

Ad 3 Klimaschutzaktivitäten der Technischen Betriebe

Zu Beginn der 90er Jahre wurde bereits erkannt, dass der Treibhauseffekt weltweit eines der dringendsten zu lösenden Probleme darstellt. Die Technischen Betriebe der Stadt Rheine initiierten, begleiteten, planten und setzten seitdem eine Vielzahl von wirksamen Maßnahmen und konkreten Projekten um, die auf die Auswirkungen des drohenden Klimawandel aufmerksam machen und ihm auf lokaler Ebene entgegenwirken. So ist der Beitritt der Stadt Rheine zum Klimabündnis der europäischen Staaten im Jahr 1995 auch auf das Engagement der Abfall- und Umweltberatung der Technischen Betriebe zurückzuführen.

Frühzeitig haben die Technischen Betriebe erkannt, dass der bereits begonnene Klimawandel einerseits und die drohende Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe andererseits neue Strategien erfordern.

Die Entsorgung von Müll und die richtige Sammlung, Sortierung und Verwertung von Wertstoffen bieten viele Chancen für einen sinnvollen Umgang mit Rohstoffen sowie für einen wirksamen Klimaschutz.

An konkreten Maßnahmen machen die Technischen Betriebe deutlich, an welchen Stellen Energie nicht nur gespart, sondern auch (gewinnbringend) nutzbar gemacht werden kann – von der thermischen Verwertung über die energetische Optimierung von Kläranlagen bis hin zur alternativen Strom- und Wärmeerzeugung.

Aktuelle Maßnahmen, Initiativen und Projekte

Errichtung einer Holzhackschnitzelheizung

Die Umstellung der Wärmeversorgung bei den Technischen Betrieben war bereits mehrfach Gegenstand von Beratungen im zuständigen Bau- und Betriebsausschuss der Stadt Rheine. Es wurden Gutachten erstellt und Stellungnahmen auch vonseiten der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH eingeholt. Für die Maßnahme stehen Haushaltsmittel in Höhe von 332.500,00 Euro zur Verfügung.

Die Beschlussvorlage sollte in der Sitzung des Bau- und Betriebsausschuss am 29. März 2007 beraten werden, wurde jedoch am Vortag von der Tagesordnung genommen. Seitdem ruht das Verfahren.

Ausstellung „Klima sehen – Klima verstehen – Klima schützen“

ab 5. November 2007 in der VHS Rheine

Die Ausstellung wurde gemeinsam von der Aktion Klimaschutz, dem Klima-Bündnis der europäischen Städte und der Stadt Steinfurt konzipiert. Zielgruppe sind in erster Linie Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10 bis 13. Die Abfall- und Umweltberatung strebt eine enge Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen in Rheine an.

Thermografieaktion 2007/2008

Initiative zur energetische Modernisierung von Ein- und Zweifamilienhäusern im Kreis Steinfurt

Hinter der Thermografie-Aktion steht der Verein Haus im Glück, deren Gründungsmitglied die Stadt Rheine ist. Er bietet die Aktion zusammen mit dem Kreis Steinfurt, allen 24 Städten und Gemeinden, der Kreishandwerkerschaft mit ihren Baugewerkeinnungen, den Volksbanken und Sparkassen des Kreises und der Schornsteinfegerinnung des Regierungsbezirkes Münster bereits zum 6. Mal in Folge seit 2002 an. Wie erfolgreich die Aktion bisher war, belegen die Zahlen: 2.400 Hauseigentümer nahmen bisher an der Aktion teil. 12,5 % der Teilnehmer stammten dabei aus Rheine. Auswertungen ergaben, dass jeder Thermografie-Teilnehmer im Durchschnitt ca. 11.500,00 € für energetische Modernisierungsmaßnahmen investiert. Über den Zeitraum der letzten 5 Jahre wurden somit allein in Rheine Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 3,2 Mio. € ausgelöst. 56% der Aufträge (ca. 1,8 Mio. €) wurden dabei an Unternehmen aus Rheine vergeben.

Errichtung einer Photovoltaikanlage bei den Technischen Betrieben

(ab 1997)

Bereits im Jahr 1997 errichteten die Technischen Betriebe auf ihrem Verwaltungsgebäude eine Photovoltaikanlage. Ermöglicht wurde diese Investition durch das Programm Öko-Sponsoring (Werbung auf Fahrzeugen der Technischen Betriebe). Mittlerweile verfügen die Technischen Betriebe über eine 6-KW-Photovoltaikanlage, die in 3 Bauabschnitten errichtet wurde. Für das Frühjahr 2008 ist der 4. Bauabschnitt in Planung.

Ad 4 a: Beschleunigte energetische Gebäudesanierung

(Konkretisierung durch Antrag vom 26. September 2007)

Der Gebäudebestand der Stadt Rheine umfasst mehr als 200.000 m² Bruttogrundfläche mit einem Bestand von über 200 Liegenschaften (dabei kann eine Liegenschaft aus mehreren Gebäuden bestehen), die für eine energetische Gebäudesanierung in Betracht gezogen werden können.

Im Rahmen **des Erhaltungsaufwandes** steht zunächst die Betriebssicherheit des Gebäudebestandes (kein Ausfall der technischen Anlagen, Vermeidung von Dachundichtigkeiten, keine defekten Fenster etc.) im Fokus der Maßnahmenplanung. Die Ausführung dieser Erhaltungsmaßnahmen erfolgt jeweils mit der Zielsetzung, die entsprechenden Möglichkeiten zur Energieeinsparung nach aktuellem Stand der Technik unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte auszuschöpfen. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die bereits vorgenommenen **Sonderprogramme zur Heizungs- und Fenstersanierung** zu nennen. Grundsätzlich ist die Stadt Rheine bei jeder Sanierung bzw. bei Anbauten verpflichtet, die jeweils gültige Energieeinsparverordnung (EnEV) einzuhalten.

Für die **energetische Untersuchung städtischer Einrichtungen** wurde im Jahr 2001/2002 ein Gutachten über den städtischen Gebäudebestand bei dem Ingenieurbüro K + L beauftragt. Aufgrund des Gutachtens wurden in den Jahren 2002 bis 2004 über 100 Einzelmaßnahmen im Gesamtumfang von 195.000,00 € ausgeführt, deren Amortisation in weniger als 5 Jahre zu erreichen war.

Die **Instandhaltungsrückstellung** beinhaltet für die Jahre 2008 bis 2010 Maßnahmen, die mittelbar zu einer energetischen Gebäudesanierung führen in einem Umfang von ca. 2,6 Mio. € (Heizungserneuerung, Fassaden- und Fenstersanierung, Flachdacherneuerung).

Begrüßt wird, dass künftig **neben den wirtschaftlichen Aspekten** einer energetischen Sanierung auch die **ökologische Vorteilhaftigkeit (CO₂-Einsparung)** einer Maßnahme Berücksichtigung findet. Grundsätzlich ist festzustellen, dass im Bereich der energetischen Gebäudesanierung eine vertretbare Amortisation der Investition über eingesparte Energiekosten nur in wenigen Bereichen möglich sein dürfte.

Fraglich wird daher sein, was ist die Einsparung von einer Tonne CO₂ der Stadt Rheine künftig wert?

Contracting-Modelle zur Energieeinsparung können alternative Finanzierungsmöglichkeiten zur Eigeninvestition darstellen und sind ebenfalls auf ihre Vorteilhaftigkeit hin zu überprüfen.

Das Spektrum der energetischen Gebäudesanierung umfasst eine Vielzahl von gebäudebezogenen Maßnahmen, die individuell für jedes Gebäude zu prüfen und in Art und Umfang zu beschreiben sind. Beispielhaft seien genannt:

- Sanierung technischer Anlagen (Heizungs-, Lüftungs-, Kältetechnik etc.) – einschließlich Regeltechnik und Wärmerückgewinnung
- Fenster- und Fassadensanierung
- Dämmung von Flachdächern, Dachbegrünungen
- BHKW
- Solare Brauchwassererwärmung
- Sanierung der Beleuchtungskörper inkl. Leuchtmittel und Steuerung (Präsenzmelder)
- Außendämmung von Gebäuden, Lokalisierung von Kältebrücken
- Dämmung von ungenutzten Dachböden und nicht beheizten Kellerräumen
- Umstellung der Herde in den Lehrküchen von Strom auf Gas

Neben den „harten“ Faktoren zur Energieeinsparung sind auch „weiche“ Faktoren, die den **Nutzer** und sein **Verhalten** beeinflussen (z. B. Anreizsysteme wie das 50 : 50 Projekt), in das Klimaschutzkonzept für die städtischen Gebäude zu

integrieren. Dieser Aspekt ist in dem Antrag nur in Randbereichen angesprochen, stellt aber einen wesentlichen Faktor für eine nachhaltige Energieeinsparung dar.

Um kurzfristig belastbare Informationen zum Umfang und zur finanziellen bzw. ökologischen Vorteilhaftigkeit der energetischen Gebäudesanierung (technische Anlagen, Einsatzmöglichkeiten erneuerbarer Energieträger, Gebäudehülle) zu erhalten, ist die Zusammenarbeit mit einem **externen Gutachterbüro** unerlässlich. Es wird daher vorgeschlagen, im Jahr 2008 den gesamten städtischen Gebäudebestand fachlich analysieren zu lassen. Dieses sollte, um Synergieeffekte zu nutzen, im Zusammenhang mit der notwendigen Erstellung der Energieausweise gem. Energieeinsparverordnung (EnEV) erfolgen. Für die Nichtwohngebäude (z. B. Schulen, Rathaus, Bücherei etc.) mit mehr als 1.000 m² Nutzfläche, in denen Behörden und sonstige Einrichtungen für eine große Anzahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden, ist überdies der 1. Juli 2009 als letzter Stichtag zu beachten.

Im Rahmen der Haushaltsplanung sind daher für ein Gutachten die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen. Entsprechend dem Antrag sind auf Basis des Gutachtens die zur energetischen Gebäudesanierung vorgeschlagenen Maßnahmen in einer Prioritätenliste unter den Beurteilungskriterien

- Höhe der erreichbaren Energie- bzw. CO₂-Einsparung
- Wirtschaftlichkeit der Maßnahme (Amortisationszeit, Aufwand je 1 Tonne CO₂-Einsparung)
- bereitstehende Finanzmittel
- Dringlichkeit der Maßnahmen aufgrund anderer Restriktionen (Betriebssicherheit, Nutzung, Überschreitung von Grenzwerten etc.)

abzubilden und zu bewerten.

Die Ergebnisse des Gutachtens sind nach **Beschlussfassung** in der Politik mit Zielbeschreibungen und Maßnahmen unter dem zukünftigen „**Leitziel Klimaschutz**“ des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes zu konkretisieren. Die entsprechenden Finanzmittel sind zur Verfügung zu stellen – alternative Finanzierungsmodelle sind auf ihre Umsetzbarkeit und Vorteilhaftigkeit zu prüfen.

Im Rahmen der Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung sind die Möglichkeiten öffentlicher, aber auch privater Förderungen zu berücksichtigen (einmalige projekt-/maßnahmebezogene Zuschüsse, zinsvergünstigte Darlehn, PPP-Modelle).

In das Projekt sollte die Energieberatungsagentur des Landes Nordrhein-Westfalen einbezogen werden. Neben den einschlägigen Erfahrungen in Projekten der energetischen Gebäudesanierung bietet diese vor allem im Hinblick auf die Beantragung öffentlicher Fördermittel des Bundes und des Landes (einmalige Zuschüsse, zinsvergünstigte Darlehn) die notwendigen Kontakte und Hilfestellungen an.

Zusammengefasst sind die nachstehenden Schritte anzugehen:

- Einbindung der Energieberatungsagentur des Landes Nordrhein-Westfalen in das Projekt
- Beauftragung eines Gutachterbüros zur energetischen Analyse des Gebäudebestandes (u. a. Definition von Maßnahmen zur Energieeinsparung, Investitionsumfang, Höhe der CO₂-Einsparung, Amortisationszeitraum) und zur Erstellung des Gebäudeenergiepasses
- Entwicklung eines Konzeptes zur Energieeinsparung durch nutzerorientiertes Verhalten

- Ableitung einer Prioritätenlisten zur energetischen Gebäudesanierung auf Basis des Gutachtens und Berücksichtigung der definierten Beurteilungskriterien
- Bereitstellung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2009 ff. zur Umsetzung der definierten Maßnahmen
- Aufnahme der Ziele und Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes in das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzeptes
- Evaluation der Energieeinsparung/CO₂-Einsparung, die auf das Klimaschutzkonzept zurückzuführen ist

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die energetische Analyse des städtischen Gebäudebestandes (einschließlich der Ausstellung eines Energiepasses) einzuholen. Die Finanzmittel für die Beauftragung eines externen Gutachterbüros sind in die Haushaltsplanung 2008 aufzunehmen.*
2. *Die Verwaltung bereitet ein Konzept zur Energieeinsparung durch nutzerorientiertes Verhalten, z. B. 50-50-Projekt o. Ä., vor. Das Konzept soll dem Bau- und Betriebsausschusses zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.*
3. *Die Verwaltung prüft die zweckmäßige Einbindung des Kreises Steinfurt.“*

Abschließend ist anzumerken, dass die bisherigen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung den Energiekostenanstieg durch die rasante Energiepreissteigerung sowie aufgrund der Ausweitung der Gebäudeflächen (verschiedene Schulerweiterungen, Neubau Feuerwehr, Erweiterung Falkenhof-Museum, Josef-Winckler-Museum, zusätzliche Verwaltungsfläche im eec) und Ausdehnung der Nutzungszeiten in den Schulen (offene Ganztagsbetreuung) nicht gänzlich kompensiert, sondern nur abgemildert werden konnte.

Ad. 4 b. Projektbegleitender Ratsausschuss

Die Bildung der zz. bestehenden Ratsausschüsse erfolgte nach der Kommunalwahl im Oktober 2004. Grundlage dieser Ausschussbildung waren klar formulierte Zuständigkeiten. Diese wurden anschließend in der vom Rat der Stadt beschlossenen Zuständigkeitsordnung konkretisiert und festgelegt.

Nach dieser „Geschäftsgrundlage“ für die Ausschussbildung ist für die in Ziffer II.4 des Klimaschutzantrages genannten Funktionen der Bau- und Betriebsausschuss zuständig.

Die im Antrag genannte Neubildung eines „projektbegleitenden Ratsausschusses“ wäre nur zulässig, wenn sich über das Bestellungsrecht für den Vorsitzenden

- a) alle Ratsfraktionen im Vorfeld einigen würden
und
- b) im anschließenden Bestellungsverfahren im Rat dieser Einigung nicht von 1/5 der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder widersprochen wird.

Auch die Bildung eines anderen Gremiums (z. B. Beirat o. Ä.) würde die vorstehende Rechtsfolge auslösen, wenn in die derzeitigen Kernzuständigkeiten des Bau- und Betriebsausschusses eingegriffen würde.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt unter der Annahme, dass eine Einigung aller Fraktionen oder ein Ratsbeschluss ohne Gegenstimme nicht erreichbar sein wird, dass der Bau- und Betriebsausschuss bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahre 2009 für die o. g. genannten Funktionen zuständig sein soll.“

Ad 5: Umstieg auf Ökostrom für städtische Gebäude

Der (teilweise) Umstieg auf „Öko“-Strom im Bereich der städtischen Gebäude ist im Sinne einer Vorbildfunktion der Stadt Rheine zu begrüßen.

Die angestrebte Kooperation zwischen der Stadt Rheine und der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH über die Anmietung und Nutzung der städtischen Dachflächen durch die EWR für die Installation von Photovoltaikanlagen führt unter Umständen zu einer Win-Win-Situation.

Aufgrund der Vertragsdaten ist dann zu prüfen, in welchem Umfang durch die beabsichtigte Vermietung von Dachflächen die Mieteinnahmen die Mehrkosten für den Bezug von „Öko“-Strom decken.

Der Bezug von „Öko“-Strom ist im Rahmen des Klimaschutzbündnisses ein wichtiges Signal, gleichwohl sollte geprüft werden, ob eine vollständige Umstellung auf „Öko“-Strom erfolgen soll oder die hierfür einzusetzenden Finanzmitteln an anderer Stelle (z. B. Energieberatung, energetische Gebäudesanierung, Ausbau Radwegenetz, etc.) lokal in Rheine einen höheren Nutzen erzielen können.

Ad 6: Aufhebung des Ratsbeschlusses zur Vermietung städtischer Dächer

Der **Beschluss** des Bau- und Betriebsausschusses zum Verzicht auf eine Miete für die Nutzung der Dachflächen zu Installation von Photovoltaikanlagen ist aufzuheben.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt, den Beschluss des Bau- und Betriebsausschusses vom 7. September 2000 über die „Nutzung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Installation von Photovoltaikanlagen durch private Investoren“ dahingehend zu ändern, dass die Dachflächen nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sondern eine Miete erhoben wird. Der § 3 des Muster-Nutzungsvertrages „Nutzungsentschädigung und sonstige Leistungen“ ist entsprechend zu ändern.“

Ad 7: Prüfung/Überarbeitung der Bebauungspläne

Die Festsetzung der Zulässigkeit von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen ist generell **nicht** Gegenstand der Bauleitplanung. Es besteht eine allgemeine Zulässigkeit dieser Anlagen auf Dachflächen, sofern nicht besondere gestalterische Festsetzungen in Form von Gestaltungssatzungen getroffen wurden, die sich auf

eine einheitliche Dachfarbe, eine städtebaulich gewünschte Dachneigung bzw. das nicht gewünschte Aufbringen von Dachaufbauten beziehen.

Im Stadtgebiet Rheine existieren aktuell 3 Bebauungspläne, die entsprechende Gestaltungssatzungen beinhalten und sich durch eine städtebaulich überzeugende und einheitliche Gestaltung auszeichnen: Dorfplatz Hauenhorst, Gronauer Str./Thieberg und Wohnpark Mesum. Insbesondere das städtebauliche Ziel, in diesen Bereichen eine einheitliche Dachlandschaft in Farbigkeit und Ausgestaltung umzusetzen, erschwert ausnahmsweise in den genannten Bebauungsplänen die Umsetzung von Photovoltaikanlagen. Jedoch besteht generell die Möglichkeit, über eine farbliche Anpassung der Anlagen o. Ä. den Gestaltungsfestsetzungen zur Dachfarbe gerecht zu werden.

Im Rahmen der Neuaufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen wird gezielt darauf geachtet, dass durch die Gebäudeausrichtung die Nutzung von Solarenergie möglich ist.

Ad 9 a: Ausbau und Optimierung Radwegenetz

Die Stadt Rheine bietet aufgrund ihrer Größenordnung und Struktur und aufgrund der Topografie ideale Voraussetzungen, um das vorhandene Verkehrsbedürfnis im Berufs- und Freizeitbereich mit dem Fahrrad bewältigen zu können. Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, wurden in den letzten Jahrzehnten durch die Stadt Rheine an verschiedenen Straßen Radwege neu angelegt. Diese wurden untereinander verbunden zu einem Radwegeverkehrsnetz. Insbesondere wurden auch die außen liegenden Ortsteile an die Kernstadt angeschlossen. Im Auftrag der Stadt Rheine wurde im Jahre 1999 ein Radverkehrskonzept für die Innenstadt durch das Planerbüro Südstadt, Köln, erstellt, welches ein Netz- und Maßnahmenkonzept für die Radwegeplanung der Haupttrouten und Knotenpunkte beinhaltet. Die Erkenntnisse dieses Gutachtens fließen ein in die Erstellung einer Prioritätenliste für den Radwegbau, welcher mit Zuschüssen bzw. mit Eigenmitteln der Stadt Rheine Zug um Zug umgesetzt werden soll. Mit diesem Radverkehrskonzept soll versucht werden, den Modalsplitt, d. h. das Verhältnis zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr, noch weiter zugunsten des Radverkehrs zu verschieben. Aber nicht nur der reine Ausbau, sondern auch die Ausstattung mit entsprechender Infrastruktur ist für den Radfahrer wichtig. Die Haupttrouten wurden in Rheine mit einer entsprechenden Wegweisung versehen.

An bestehenden Radverkehrsanlagen sind Mängel hinsichtlich Oberfläche, Breite, Markierung, Führung an Grundstückszufahrten oder Bordsteinabsenkungen zu beseitigen. Ebenso wichtig ist neben der Qualität des Radverkehrsnetzes und der Serviceeinrichtungen die Öffentlichkeitsarbeit für ein günstiges „Fahrradfahrklima“.

In Rheine ist es aufgrund der hohen Auslastung des Ringes (Hansaallee, Kardinal-Galen-Ring, Salzbergener Straße, Konrad-Adenauer-Ring) und auch vieler Einfallstraßen unerlässlich, den Kraftfahrzeugverkehr möglichst optimal durch die Innenstadt zu schleusen, da sonst ein Rückstau auf die Einfallstraßen (z. B. Osnabrücker Straße, Neuenkirchener Straße, Hovestraße) zu erwarten ist. Die aktuelle Steuerung der Lichtsignalanlagen erfüllt den Zweck des Durchschleusens, soweit unter Berücksichtigung aller Faktoren, wie auch Radverkehr und ÖPNV, möglich.

Die heute bereits realisierte Vorrangschaltung für den ÖPNV, die von allen Seiten befürwortet wird, greift bereits in die Optimallösung für den individuellen Kraftfahrzeugverkehr ein, sodass aktuell ein akzeptabler, nicht aber optimaler Verkehrsablauf stattfinden kann.

Die Ermöglichung der rastlosen Befahrbarkeit des Ringes für den Radfahrer, dessen Geschwindigkeit geringer ist als die der Kraftfahrzeuge, würde einen weiteren Eingriff bedeuten. Neben der dann unvermeidbaren Verschiebung von Freigabezeiten für Kraftfahrzeuge aus der „grünen Welle“ heraus hätte dies auch eine unregelmäßige oder sogar längere Umlaufzeit zur Folge. Das wiederum hätte Folgen auf die nutzbaren Freigabezeiten: Bei längeren Wartezeiten an der Lichtsignalanlage laufen mehr Fahrzeuge auf, sodass selbst bei gleicher Länge der Freigabe weniger Fahrzeuge abgewickelt werden könnten. Die Folge wäre der nicht gewünschte Rückstau auf dem Ring und der zufließenden Straßen, der auch die Radfahrer behindern würde.

Eine höhere Belastung der Umwelt und somit auch des Stadtklimas wäre die direkte unvermeidbare Folge. Die Akzeptanz der Radfahrer durch die Kraftfahrer würde sicher ebenfalls nicht verbessert, wenn erkannt wird, dass aufgrund des Radverkehrs die Vielzahl der Kraftfahrzeuge länger warten muss.

Ein weiteres Problem ist die – im Vergleich zum Kraftfahrer – schwer vorhersehbare Geschwindigkeit von Radfahrern. Es gibt Fahrer, die durchgehend mit 15 km/h unterwegs sind; andere haben es besonders eilig und fahren 20 km/h und kleinere Schulkinder und ungeübte Fahrer begnügen sich mit 10 km/h. Hier den richtigen Weg für die richtige Schaltung zu finden, ist nicht möglich.

Es gibt im Bereich der Innenstadt ausreichend Alternativrouten, die dem Radfahrer ein problemarmes Erreichen seines Zieles auch ohne ausschließliche Nutzung des Ringes ermöglichen. Es ist also anzuraten, zugunsten unserer Umwelt und des respektvollen Zusammenlebens aller die Nutzung dieser Wege der Forderung nach einer Vorrangschaltung für Radfahrer auf dem Ring vorzuziehen.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt spricht sich für die weitere Umsetzung des bestehenden Radwegekonzeptes aus und beauftragt die Verwaltung, die künftigen Maßnahmen und Projekte zur Beratung im zuständigen Ausschuss vorzulegen.“

Ad 9 b: Blaue Flotte

Die Verwaltung begrüßt die Vorrangschaltung für den ÖPNV. Diese ist erforderlich, um die Fahrtzeiten der Stadtbusse einzuhalten. Diese Vorrangschaltung führt aber im Umkehrschluss zu einer Behinderung des Individualverkehrs. Die Rheiner Bevölkerung akzeptiert hier aber den Vorrang der blauen Flotte.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Beibehaltung der Vorrangschaltung für den ÖPNV.“

Ad 9 c: Sanierung Bahnhöfe Mesum und Rheine

Nach dem Bahnhofsentwicklungsprogramm Nordrhein-Westfalen von 2006 wird der Bahnhof in Rheine der Bahnhofskategorie 3 – Anzahl der Bahnbenutzer pro Tag kleiner 10.000 –, der Bahnhof in Rheine-Mesum der Bahnhofskategorie 5 – Anzahl der Bahnbenutzer pro Tag kleiner 1.000 – eingeteilt. Für das Empfangsgebäude in Rheine wird ein hoher Handlungsbedarf seitens der DB Station

und Service AG gesehen. Für die anderen Bereiche, wie z. B. Erscheinungsbild, Kundeninformation, Aufenthaltsqualität, Reisebedarf, Barrierefreiheit, Sicherheitsempfinden und Toiletten wird nur ein mittlerer Handlungsbedarf gesehen. Seitens der Stadt Rheine wurden mit der DB Station und Service AG bereits Gespräche über Verbesserungen der Situation im Rheiner Bahnhof geführt. Als Ergebnis bleibt zu berichten, dass bereits in diesem und im nächsten Jahr Verbesserungen an der Infrastruktur vorgenommen werden sollen. Im Einzelnen sind dieses:

- Erneuerung der Fahrgastinformationsanlagen (Monitoranlage) inkl. externer Steuerung vom Bahnhof Münster aus
- Ausbau der defekten Gepäckbänder
- Einbau von Fahrradschienen an den Treppenaufgängen
- Einbau einer Monitorwand in der Empfangshalle
- Abbau der defekten Schließfächer
- Austausch der Eingangstüren
- Einrichtung eines Informationsdienstes (Gegensprechanlage) aufgrund geringer Personalpräsenz am Bahnhof/Bahnsteig
- Erneuerung der Einbauten, Sitzgelegenheiten, Möblierung auf den Bahnsteigen 1 und 2
- Einrichtung eines großen Buch- und Zeitschriftenladens in der Halle des Bahnhofs
- Videoüberwachung des Bahnhofs
- Einbau von 2 Aufzugsanlagen für die behindertengerechte Erschließung der Bahnsteige 1 und 2

Im Zuge des Tunneldurchstichs soll die Deckenverkleidung erneuert werden, ferner die Beleuchtung im Bereich des Tunnels; die Wand bekommt eine neue Verkleidung mit Fliesen. Durch den geplanten Tunneldurchstich werden zum einen die Attraktivität und zum anderen die Erreichbarkeit des Bahnhofs verbessert.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Tunneldurchstich weiter zu konkretisieren."

Ad 9 d: Ausbau Kreisverkehre/Sanierung Ampelanlagen

Lange Zeit waren die Kreisverkehre in Rheine aus der Mode gekommen. Seit einiger Zeit werden sie aber wiederentdeckt. Als Verkehrsanlagen, die ohne den Einsatz von Ampeln auskommen, erfreuen sie sich bei Planern wie Autofahrern zunehmender Beliebtheit. In der Bundesrepublik Deutschland war der Kreisverkehrsplatz noch bis in die 60er Jahre hinein ein beliebtes Element der Stadtstraßenführung. Aufgrund der starken Zunahme des motorisierten Individualverkehrs musste die Leistungsfähigkeit der Kreisverkehre aber stetig gesteigert werden, was zu immer größeren Kreisdurchmessern und breiteren Fahrbahnen führte. Dadurch stiegen jedoch die Unfallzahlen im Vergleich zur Lichtsignalgesteuerten Kreuzung überproportional an, etliche Kreisverkehre wurden zu Ampelkreuzungen umgebaut. Mitte der 90er Jahre fand ein Umdenken in Deutschland statt, und

dadurch wurden wieder verstärkt Klein- und Minikreisverkehre eingerichtet. Grundsätzlich können 3 Arten von Kreisverkehren unterschieden werden:

- große Kreisverkehrsplätze mit Außendurchmesser größer 35 m
- kleine Kreisverkehrsplätze mit Außendurchmesser größer 26 und kleiner 35 m
- Minikreisverkehrsplätze mit Außendurchmesser größer 13 und kleiner 26 m

Vorteile von Klein- und Minikreisverkehrsplätzen:

- hohe städtebauliche Gestaltungsqualität
- günstige Unfallbilanz
- Geschwindigkeitsreduzierung
- generell geringe Wartezeiten
- deutlich geringere Betriebskosten
- hohe gesellschaftliche Akzeptanz durch Verkehrsteilnehmer und Anwohner

Bei der Stadt Rheine werden schon seit längerem Kreisverkehrsplätze anstelle von Lichtzeitanlagen eingebaut. Hierbei sind aber benötigter Flächenbedarf, Verkehrsbelastung und Umsetzbarkeit zu berücksichtigen. Im Zuge von Sanierungen von Lichtsignalanlagen wird seitens der Stadt Rheine auf die energiesparende LED-Technik gesetzt. Die LED-Technik ist ein Beitrag zur Verkehrssicherheit, weil die Lichtzeichen deutlich besser zu erkennen sind. Außerdem sorgt die LED-Technik für eine Kostenreduzierung beim Stromverbrauch und bei der Wartung.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sanierung der städtischen Signalanlagen zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen."

Ansonsten stimmt die Stadtverwaltung den Ausführungen der Stadtwerke Rheine GmbH zu und empfiehlt entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates die Berücksichtigung der Anmerkungen bei der Beschlussfassung.

4. Ergänzende Stellungnahme des Stadtkämmerers zur Finanzierung der Maßnahmen des Klimaschutz-Konzepts

Augenblicklich kann zu den finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Klimaschutz-Konzeptes noch keine verlässliche Aussage getroffen werden.

Aus diesem Grunde stehen die sich aus den Handlungsschritten, Kampagnen und möglichen Erweiterungen des Klimaschutzkonzeptes ergebenden Konzepte, Projekte, Maßnahmen, Initiativen etc., die Investitions- und/oder Folgekosten auslösen, unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt. Dieser kann auf der Basis vollständiger Kosten- und Folgekostenberechnungen im Einzelfall nur durch Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Rates unter gleichzeitiger Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen aufgehoben werden.

5. Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt Rheine zum Gesamtkonzept

„Der Rat der Stadt Rheine beschließt, das Klimaschutz-Konzept incl. Maßnahmen (Teil II) und Kampagnen (Teil III) unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Stadtwerke, Stadtverwaltung und des Stadtkämmerers (Punkte 2-4) umzusetzen und regt die Einführung von Monitoring bzw. Bilanzverfahren an, damit die Verwirklichung des Klimaschutz-Konzeptes auch anhand der CO₂-Reduktion quantifiziert werden kann.

Teil B: Weitergehende Überlegungen/Mögliche Konzepterweiterungen

1. Stellungnahme der EWG zum Thema Klimaschutz in Rheine

Die Notwendigkeit des Klimaschutzes ist für die EWG in ihrem Arbeitsauftrag zukünftig eine wichtige Handlungsmaxime.

Unternehmen in dieses Konzept einzubinden, ist unbedingt notwendig und zielführend für ernsthaften Klimaschutz vor Ort.

Dies führt Bestrebungen der EWG fort, die bereits in der Zusammenarbeit, z. B. mit dem Projekt ‚Ökoprotit‘, in Koordination mit dem Agenda-Büro des Kreises Steinfurt in und mit Rheiner Unternehmen stattgefunden haben.

Weitere Überlegungen

Die EWG ist in ihrem Arbeitsumfeld für ein breit gestreutes Klientel zuständig. Dies als Multiplikator für ganz spezifische Zielgruppen zu nutzen könnte, z. B. zu folgenden Initiativen führen:

- Städtisches Förderprojekt konzipieren für?

Analyse von Schwachstellen in Unternehmen

Vor-Ort-Beratung von Fachleuten und Agenturen mit der Erstellung einer betriebsindividuellen to-do-Liste

Einbindung von Unternehmen in Rheine, die ggf. Beratungen bei Industrie und Dienstleistern anbieten

- Ausbildungsmesse

Gemeinschaftsstand von Unternehmen im Bereich Klimaschutz – regenerative Energien

Vorstellung der Ausbildungsberufe und der damit verbundenen Anforderungen und Chancen für junge Leute

- Existenzgründungsberatung
Ideenfindung, Workshops zur Generierung von Geschäftsideen ‚Selbständigkeit und Klimaschutz‘
- Einzelhandel
Kostenminimierung und Ressourcenschutz durch spezielle Sparmaßnahmen für Ladengeschäfte (Workshops, Beratung vor Ort innerhalb der ISG/Händlerorganisationen)
verstärkte Einbindung in das Projekt Öko-Profit
Vorschlag Handel: nicht nur Parkgelderstattung für die Parkhäuser/Stellplätze, sondern auch Fahrgelderstattung für den Stadtbus (Kooperation mit Verkehrsgesellschaft)
Papiertragetaschen für den Handel: Verbunden mit Werbung für die Stadt Rheine/für das Einkaufen in Rheine
- Firmen in Rheine sollten auch für ihre Mitarbeiter in Sachen Klimaschutz etwas tun
Fahrradprämie
Heizverhalten im Büro
Fahrgemeinschaften fördern, auch in Kooperation mit anderen Betrieben

2. Anmerkungen der TaT GmbH zum Klimaschutz-Konzept

Bei der Aufgabenstellung handelt es sich nach Aussagen des Geschäftsführers des TaT, Prof. Dr. Tschiedel, um eine, die, in vielen Städten dieser Welt hundertfach bearbeitet worden ist. Deshalb schlägt das TaT vor

I. AUS ERFAHRUNGEN LERNEN

II. DAS GLOBALE DENKEN NICHT VERGESSEN und einiges Innovative auch

III. LOKAL HANDELN.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass das TaT über keine Grundfinanzierung verfügt, sodass das, was wir vorschlagen, in aller Regel von uns nur dann umgesetzt werden kann, wenn dafür eine Finanzierung bereitgestellt bzw. eine erfolgreiche Bewerbung um Drittmittel unterstützt werden kann.

I. Aus Erfahrungen lernen

- (1) Vor diesem Hintergrund schlage ich als erstes vor, das TaT dabei zu unterstützen, dass eine Studie finanziert wird, die weltweit vorhandene Konzepte und Erfahrungen guter Praxis a) zusammenstellt, b) für Rheine aufbereitet und c) in öffentliche Diskurse aktiv überführt mit dem Ziel, diese Erfahrungen fürs eigene Konzept fruchtbar zu machen.
 - **Studie**
 - **Moderierte Bürger- und (lokale) Expertenforen**
 - **Konzeptoptimierung auf der Basis von best practices**

II. Global denken

Das TaT schlägt vor:

- (2) TaT organisiert eine Weiterbildungsreihe für unterschiedliche Zielgruppen zur Globalität des Themas
- (3) TaT bietet für Multiplikatoren im öffentlichen Bereich und für Verantwortliche in rheiner Unternehmen modular Veranstaltungen zum Thema "Globalisierung und globale Verantwortung" an (Wirtschaft, Politik, Religion, ...)
- (4) TaT vertritt das Thema Internationales/Globalisierung in allen relevanten Kontexten. (Think Tank und Auskunftsstelle, Referentenpool)
- (5) TaT bietet speziell (gefördert durch das Arbeitsministerium NRW und die EU) Potentialberatungen an, die Firmen in Rheine in die Lage versetzen, mit Umweltprodukten, -dienstleistungen etc. in internationale Märkte zu gelangen (!)
- (6) All diese und die folgenden Aktivitäten sollten immer auch daraufhin überprüft werden, ob sie nicht auch innovativer Inhalt der bestehenden und ja in den anderen Themenbereichen sehr erfolgreichen Städtepartnerschaften werden können. Vielleicht sollte TaT einen jährlichen Klimagipfel der Partnerstädte organisieren.

III. Lokal handeln

Für eine Beteiligung oder Federführung des TaT wird kurzfristig vorgeschlagen:

- (7) Repowering bei Windkraftanlagen erscheint sinnvoll. Das TaT hat mit dem BMZ darüber verhandelt. Das TaT würde gern den Part Aufarbeitung, Qualifizierung und Aufbau und Nutzung in "Entwicklungsländern" übernehmen. – Die Stadt Rheine hat grundsätzlich Flächen, Repowering zu fördern.
- (8) Förderung von Fahrgemeinschaften und Mobilitätsmanagement unter besonderer Berücksichtigung demografischer Entwicklungen, betriebliches Mobilitätsmanagement. Neue Antriebs- und Treibstoffkonzepte
- (9) Bewusstseinsbildung für klimaschonendes Bauen und Wohnen (ARGUS Bau des TaT) mit besonderem Schwerpunkt Migrantinnen und Migranten
- (10) Wiederaufarbeitung des TaT als Informations- und Demonstrationszentrum einschließlich der Möglichkeit der Präsentation von rheiner Unternehmen
ergänzende Aufarbeitung des TaT als Themenpark a) für Projekttag und b) als touristische Attraktion für Seminare und Besichtigungen/Führungen etc.
- (11) TaT organisiert eine Informationsstelle für das eigene Modellprojekt, aber vor allem auch zur Erreichbarkeit aller relevanten Informationen zum Thema inklusive blended learning Einheiten.
- (12) TaT organisiert/vernetzt rheiner Unternehmen, die Dienstleistungen oder Produkte im Sinne des Klimaschutz-Konzepts anzubieten haben zur a) Information, b) Interessensvertretung und c) Projektentwicklung und Projektdurchführung

- (13) TaT wird wieder Standort für eine regelmäßige Messe (ehemals "Ökotechnika") / Energie- und Klimatage
- (14) TaT organisiert "Sommeruniversitäten" mit den umliegenden Hochschulen zum Thema
- (15) TaT bietet Schulungen an für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in rheiner Unternehmen: Auszubildende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Betriebsräte, Management.
- (16) TaT entwickelt fort einen Weiterbildungsgang "Klimabeauftragte/r" für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter a) in Verwaltungen und b) in Unternehmen und führt die Angebote durch
- (17) TaT bietet Managementseminare an zum Thema Unternehmensethik, globale Verantwortung etc.
- (18) TaT organisiert aus der AG (siehe oben) eine Beratergruppe, die im Bedarfsfall sehr kurzfristig "eingreifen" kann. TaT hält dazu die notwendigen Kontakte zu den Energieagenturen und zur EFA NRW.
- (19) TaT entwickelt und setzt um ein geeignetes Konzept für das GVZ.
- (20) TaT entwickelt und setzt um ein geeignetes Konzept für Gellendorf u. a. geeignete Immobilien.

Eine abschließende Würdigung der weitergehenden Überlegungen war in der Kürze der Zeit nicht möglich, aber auch nicht Auftrag des HFA vom 18. September 2007.

Es wird dem Rat der Stadt Rheine vorgeschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Rheine nimmt die weiteren Überlegungen der EWG GmbH und der TAT GmbH zum Klimaschutz-Konzept zur Kenntnis.“

Teil C: Umsetzung des Klimaschutz-Konzepts und weitere Entwicklungen

1. Durchführung eines Solarprogramms durch die Stadtwerke

Auf Basis des Aufsichtsratsbeschlusses der Stadtwerke Rheine GmbH (Punkt 3) wurde in der folgenden Sondersitzung des Aufsichtsrates der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

„Der Aufsichtsrat stimmt der Absicht der Geschäftsführung zu, beim Freibad Rheine, auf der Elisabeth-Turnhalle und der Michaelschule Photovoltaikanlagen in einer Größe von 171,5 kW zu errichten. Die Gesamtinvestitionskosten in Höhe von 690 T€ werden im Wirtschaftsplan 2007 zusätzlich zur Verfügung gestellt.“

2. Vermeidung von Parallelstrukturen beim Klimaschutz-Konzept

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 2007 beschlossen, Herrn Dr. Schulte-de Groot insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Gründung der AöR „Technische Betriebe“ die federführende Sonderzuständigkeit für die Thematik „Klimaschutz“ zuzuweisen.

Es bestand Einvernehmen darüber, dass Herr Dr. Schulte-de Groot im Rahmen der sachlichen Notwendigkeiten ab sofort Herrn Wolters (Umweltberatung Technische Betriebe) in die Aufgabenerledigung einbeziehen kann.

Mit Herrn Wolters wurde am 4. Oktober 2007 gesprochen, und er ist bereit, die Aufgabe als Koordinator im Rahmen des Klimaschutzes zu übernehmen. Aus diesem Grund soll nach Gründung der AöR eine von den Stadtwerken und der AöR getragene „Leitstelle Klimaschutz“ direkt beim Vorstandsvorsitzenden der AöR geschaffen und mit Herrn Wolters besetzt werden.

3. Antrag für die HFA-Sitzung am 16. Oktober 2007

Die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen haben am 26. September 2007 den Antrag gestellt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gebäudebestand der städtischen Liegenschaften soll beschleunigt energetisch saniert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsplanberatungen ein Umsetzungskonzept mit folgenden Eckpunkten zu entwickeln:

1. *Auflistung aller bekannten notwendigen Maßnahmen, deren Durchführung auch unmittelbar zu einer Energieeinsparung führen kann*
2. *Prüfung, bei welcher dieser Maßnahmen sich der Einsatz regenerativer Energien sinnvoll umsetzen lässt*
3. *Vorschlag eines Umsetzungszeitplanes unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen*

Dabei ist zu untersuchen:

- a) *Nutzung der bereits festgelegten Instandhaltungsrückstellung*
 - b) *Möglichkeiten der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel im Haushalt 2008 und ff.*
 - c) *Finanzierung der Maßnahmen über ein Energiesparcontracting*
4. *Priorisierung der Maßnahmen auf Basis folgender Eckpunkte:*
- a) *Höhe der erreichbaren Energie- bzw. CO₂-Einsparungen.*
 - b) *bereitstehende Finanzmittel.*
 - c) *Dringlichkeit der Maßnahmen aufgrund anderer Restriktionen (Betriebssicherheit, Überschreitung von Grenzwerten etc.)*

Der HFA hat in seiner Sitzung am 16. Oktober 2007 den o. g. Beschluss mit der Ergänzung „möglichst“ hinter „Die Verwaltung wird beauftragt“ einstimmig gefasst.

Anlagen:

Anlage 1: Klimaschutz für Rheine